

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 38 (2019)
Heft: 73

Artikel: Für ein solidarisches Miteinander : ein Gespräch mit Bini Adamczak
Autor: Mäder, Ueli
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-846984>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ueli Mäder

Für ein solidarisches Miteinander

Ein Gespräch mit Bini Adamczak

Die Politaktivistin und Autorin Bini Adamczak befragt Begriffe der politischen Theorie auf ihre Aktualität und denkt über solidarische Beziehungen nach. Im Mai 2019 tauschten wir uns in Berlin darüber aus, was Solidarität ermöglicht.

Ueli Mäder: Woher kommst du und wie hast du dich politisiert?

Bini Adamczak: Ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet und bin in der Nähe von Rüsselsheim aufgewachsen, der Stadt, wo ein Opel-Werk existierte. Radikalisierte Studierende wollten nach 1968 die Arbeiterinnen agitieren und haben Strukturen hinterlassen, Bücher- und Infoläden. In den 1970er-Jahren entstanden Alternative Bewegungen, in den 1980er-Jahren eine Autonome Szene mit Häuserbesetzungen und Bauwagenplätzen. Ungewöhnlich für kleinere Städte. Das war mein Glück. So kam ich mit einer lebendigen linken Geschichte in Berührung und zur Theorie.

Mäder: Wurde dir deine kritische Haltung schon ein wenig in die Wiege gelegt?

Adamczak: Meine Eltern, wie viele meiner Lehrerinnen, sind von 1968 geprägt. Viele von ihnen hatten sich dadurch von ziemlich weit rechts nach ziemlich weit links bewegt. Während des Marsches durch die Institutionen haben sich viele wieder angepasst. Durch die Enttäuschung hindurch blieb die von 1968 stammende Hoffnung jedoch spürbar.

Mäder: Wie bist du als Vertreterin einer jüngeren Generation dazu gekommen, dich so intensiv mit der russischen Geschichte und mit Revolutionen auseinanderzusetzen?

Adamczak: Ich habe in Frankfurt studiert. Die Tradition der Kritischen Theorie regte uns an, Lesezirkel zu bilden und frühere Schriften zu studieren: von Adorno, Horkheimer und immer wieder von Marx. Gegen Habermas' Abgrenzung von der französischen Philosophie wurden hier aber auch Foucault, Derrida, Butler, Haraway diskutiert.

Mäder: Nimmst du dieses geschichtliche Bewusstsein auch bei heutigen Jugendlichen wahr?

Adamczak: Das Alter ist für mich keine entscheidende Kategorie. 1990 dominierten noch Thesen zum Ende der Geschichte. Das änderte sich mit der Wirtschaftskrise von 2008 und den Rebellionen ab 2011. Seither gibt es viel mehr *Kapital*-Lesekreise und offene Debatten über Kapitalismus, ökonomischen Reichtum und soziale Ungleichheit sowie wirkliche Demokratie. Seither ist für viele klar: Eine andere Welt ist möglich und nötig. Der Kapitalismus ist nicht länger alternativlos.

Mäder: Ist also unter heutigen Jugendlichen die Kapitalismuskritik verbreitet?

Adamczak: Ja, in den USA sind heute mehr Jüngere denn je für den Sozialismus. Der Umschwung kam mit der Occupy-Bewegung, die auf die Weltwirtschaftskrise reagierte. Inzwischen ist sie von der Oberfläche verschwunden, bleibt aber wirkungsmächtig. 2017 ist mein Buch *Communism for Kids* in den USA erschienen, wo es einen antikommunistischen Shitstorm ausgelöst hat. Dass ein renommierter Uni-Verlag sich jedoch überhaupt entscheidet, ein Buch über Kommunismus zu veröffentlichen, heisst, dass er mit einer entsprechenden Nachfrage rechnet. Das zeigt: Die Kräfteverhältnisse haben sich geändert

Mäder: Wie bist du dazu gekommen, so ein Buch zu schreiben? Wolltest du den Kindern eine konkrete Utopie vermitteln?

Adamczak: Es ging nicht um Kinder, sondern um die «kindliche» Fähigkeit, mehr zu wünschen als machbar erscheint. Wir haben mit der Philosophin Rahel Jaeggi 2003 viel über den frühen Marx diskutiert, der mit seiner Kategorie der Entfremdung die 68er-Kritik am Staatssozialismus inspirierte. Im gleichen Jahr trafen sich undogmatische Linke zu einem Kongress «Indeterminate! Kommunismus». Dabei ging es darum, versprengte Gruppen zusammenzubringen, um nach dem Ende des Staatssozialismus den Begriff des Kommunismus als gemeinsamen Fluchtpunkt neu zu beleben.

Mäder: Solidarische Beziehungen und die Auseinandersetzung mit der Geschichte sind dir wichtig. Strukturelle Bedingungen ebenso?

Adamczak: Die Occupy-Bewegung wiederholte gewisse alte Fehler der Linken nicht, und zwar ohne dass alle Aktivistinnen die Geschichte eingehend studiert hatten. Sie nahm beispielsweise keine harte Spaltung zwischen Produktion und Reproduktion vor. Sie knüpfte an ein Verständnis an, das infolge von 1968 mühsam erkämpft worden war. Die Occupy-Bewegung verständigte sich auch über

den Umgang untereinander. Solche Lernprozesse hängen jedoch auch von Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Bedingungen ab, die sich rasch ändern können. Diese haben in Griechenland und Spanien zu schnellen Parteibildungen geführt.

Mäder: Die voreilige Institutionalisierung sozialer Bewegungen ist ein Problem. Aber gibt es auch eine Gefahr, die institutionelle Solidarität zu vernachlässigen?

Adamczak: Für Occupy waren die Rückeroberung des öffentlichen Raumes und die Asambleas, die Versammlungen, enorm wichtig. Da fanden Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Sie erörterten, was trotz singularisierter Lebensverhältnisse verbindet. Sie reagierten damit auf die neoliberale Konterrevolution, die seit den 1980er-Jahren solidarische Bande zerschlug und das gesellschaftliche Feld zerteilte. Bis hin zur Utopie von Margaret Thatcher, nach der es keine Gesellschaft mehr gibt. Occupy suchte hingegen ein demokratisches, solidarisches Miteinander. Die Bewegung wollte Spaltungen und die Angst vor ändern beziehungsweise vor der Öffentlichkeit überwinden. Und das ist heute sehr aktuell.

Mäder: Läuft das solidarische Miteinander nicht Gefahr, mit Weihwasser gegen Spekulation zu kämpfen?

Adamczak: Würden sich Proteste darauf beschränken, auf öffentlichen Plätzen zu demonstrieren, dann stünden sie harmlos da. In ihnen manifestieren sich aber Kämpfe gegen kapitalistische Herrschaftsverhältnisse. Die Frage, wie wir leben, führt zum Nachdenken darüber, warum wir nicht so leben können, wie wir wollen. In Griechenland entstanden aus der Not neue Ansätze solidarischer Ökonomie, alternative Gast- und Werkstätten sowie medizinische Zentren. Die selbstverwalteten Betriebe konnten ein Mindestmass an ökonomischer Reproduktion garantieren, aber solange es ihnen nicht gelingt, über das grosse Kapital zu verfügen und die europäische Wirtschaftspolitik zu verändern, bleiben diese Initiativen notgedrungen begrenzt.

Mäder: Geraten so alte Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit wieder mehr in den Blick?

Adamczak: Wir sind heute mit einer fragmentierten Wirklichkeit konfrontiert. Da gibt es weltweit eine zentrale Spaltungslinie der Linken, die in den USA seit Trumps Wahlsieg deutlich hervortritt. Da wird die Frage nach der Schuld diskutiert: Hat die Linke die Arbeiterinnen vernachlässigt? Hat sie sich zu wenig mit der sozialen Frage und zu sehr mit Identität und Kultur beschäftigt? Bei dieser Gegenüberstellung gibt es zwei linke Fraktionen. Die eine sagt, wir sind für

Sozialstaat und ökonomische Gerechtigkeit, aber im Rahmen des Nationalismus. Eine andere findet sich bei Rot-Grün oder bei Hillary Clinton, die von Diversität und Pluralisierung sprechen, aber gleichzeitig für ökonomische Brutalisierung einstehen. Es geht darum, diese doppelte Spaltung zurückzuweisen. Und nun kam es letztes Jahr in Berlin zur grossen Demonstration #unteilbar, gegen den Rechtsruck und die Gefahr des Faschismus. Meine Hoffnung bestünde jetzt darin, dass in diesem Hashtag beide Perspektiven zusammenkommen: gegen Rassismus, Sexismus, Nationalismus und Klassenspaltung, für Emanzipation und ökonomische Gleichheit. Die Initiativen gegen Klimaerhitzung, gegen die europäische Sicherheitspolitik, gegen Gentrifizierung, gegen Zwangsräumungen, für bessere Löhne müssen zusammenkommen. Die Möglichkeit hierfür zeigt sich auch in der aktuellen Frage der Enteignung grosser Immobilienbesitzenden. Da sprechen sich in Berlin sechzig Prozent der Bevölkerung dafür aus. Parolen, die als historisch galten, sind wieder aktuell. Auch bei der Klimakatastrophe zeigt sich immer deutlicher, dass sie sich nicht im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise bewältigen lässt. System Change statt Climate Change. So kommen getrennte Strömungen zusammen.

Mäder: Führen pluralisierte Sozialstrukturen dazu, Widersprüche weniger antagonistisch zu diskutieren als 1968?

Adamczak: Da bin ich skeptisch. 1968 steht für mich an der Grenze zu einer Verschiebung, die weg vom fordistisch normierenden Denken führte und eine Perspektive der Pluralisierung eröffnete, die in Verbindung mit ökonomischer Transformation stand. Sie stärkte den Begriff der Differenz gegenüber der Einheit und den der Freiheit gegenüber der Gleichheit. In den 1970er- und 1980er-Jahren weiteten sich diese Effekte aus. Sie führten aber auch dazu, Widersprüche nur als Unterschiede zu betrachten und Differenzen mit Indifferenz zu begegnen: «Jede lebt in ihrer eigenen Welt». Statt hart zu kämpfen, zogen sich nun viele zurück, um Problemen auszuweichen. So beförderte die Pluralisierung eine ziemlich narzisstische Singularisierung. Heute geht es nun darum, kulturelle Distinktionen zu überwinden und als Gegenbewegung zur Pluralisierung das Gemeinsame zu fördern.

Mäder: Die Pluralisierung ist stets gefährdet, etwas beliebig abzudriften. Aber befördert sie auch neue Bündnisse?

Adamczak: Das ist halt die Hoffnung, Ueli. Aus der Geschichte gibt es zwei Gefahren für das Gemeinschaftliche. Die eine ist die Vereinheitlichung, Zwangskollektivierung, Zentralisierung, Oben-durch-Organisation. Da verschwindet das Gemeinschaftliche. Alles wird homogenisiert. Und die andere Gefahr, die wir im Neoliberalismus haben, ist die Atomisierung und Fraktionierung mit der

Pluralität als blosser Nebeneinander. Das ist jetzt unsere Ausgangssituation. Und da lassen sich keine alten Formeln der Einheit mehr aufrufen. Da stellt sich vielmehr die Frage, was für Möglichkeiten es gibt, tatsächliche Beziehungen herzustellen. Und hier liegt die Stärke einer Solidarität, die keine Gleichheit voraussetzt, keine homogenen Lebensbedingungen oder Interessen, aber klar den Anspruch auf Augenhöhe formuliert. Im Gegensatz zu einer paternalistischen Politik, die ein hierarchisches Verhältnis etabliert. Die Solidarität will eine Beziehung zwischen Verschiedenen herstellen, die aber auf Gleichheit zielt. Was manchmal gelingt und noch viel mehr gelingen muss.

Mäder: Wie wichtig sind denn institutionelle Verbindlichkeiten? Und führen sie manchmal dazu, staatliche Einrichtungen mehr in Schutz zu nehmen als nötig?

Adamczak: Vielleicht gibt es da zeitliche Differenzen zwischen der Schweiz und Deutschland. In Deutschland gibt es die Kämpfe um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften, der institutionellen Solidarität, ab den späten 1990er-Jahren gegen die Angriffe der Konservativen um Helmut Kohl. Und dann wurden sozialstaatliche Einrichtungen und Ideen komplett zerlegt von der Rot-Grün-Regierung von Schröder-Fischer: Agenda 2010, Hartz IV, mit fatalen Auswirkungen auf die europäische Situation heute. Und in diesen Kämpfen hat ein grosser Teil der Linken sich immer darauf konzentriert, die vorherigen Errungenschaften zu verteidigen und zu halten. Das waren defensive Kämpfe, und solche Kämpfe gehen oft verloren. Auch weil sie nicht wirklich mobilisieren. Wir sind erfolgreicher, wenn wir offensiver agieren und nicht einfach Institutionen verteidigen, sondern unseren Vorstellungen von einem guten Leben folgen.

Aber die Frage der Institutionalisierung von Solidarität ist prinzipieller: Einerseits gibt es wilde Solidarität, die nur in der Bewegung existiert. Sie birgt die Gefahr, dass sie sich verflüchtigt, sie kann nur so lange am Leben bleiben, als die Leute auf der Strasse sind und viel Zeit reinstecken. Auf der anderen Seite droht der institutionellen Solidarität die Gefahr, zu erschlaffen, abzusterben, zu verbürokratisieren und undemokratisch zu werden. Wie lässt sich jetzt dazwischen durchmanövrieren? Interessant ist das erwähnte Beispiel der Enteignung. Sie öffnet das Tor für eine wichtige Diskursverschiebung. Zunächst stehen alle hinter dieser Forderung. Sie weckt die Hoffnung, mittelfristig die Miete zu senken. Aber sie wirft auch die Frage auf, was auf die Enteignung folgen würde, ohne privates Kapital. Der Staat? Der hat selbst viel Wohnraum verscherbelt und missliche Konditionen durchgesetzt. Da müssen wir Formen finden, die sich beispielsweise an genossenschaftlichen Modellen und Miethäusersyndikaten orientieren, bei denen die Häuser nicht verkauft werden dürfen und wirklich demokratisch verwaltet werden.

Mäder: Und wie zuversichtlich bist du, dass das gelingt?

Adamczak: Die Chancen stehen tatsächlich gar nicht so schlecht. Da gibt es ein Bündnis zwischen ausserparlamentarischen Bewegungen und entsprechenden Strömungen in linken Parteien. Die Bewegungen wissen, dass sie tiefer buddeln müssen, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, ihre Forderungen radikalisieren sich. Und die Rot-rot-Grünen sind dabei, die Fehler ihrer Vorgängerinnen zu verarbeiten, die sie nicht wiederholen dürfen. Vor zehn Jahren hat die damalige rote Regierung die Lause – das Haus, in dem ich arbeite – für 2,3 Millionen Euro an einen privaten Investor verkauft, der es jetzt für 20 Millionen anbietet. Neue Modelle sind also gefragt, die den Besitz demokratisieren, das Land der privaten und staatlichen Spekulation entziehen und beispielsweise auf hundert Jahre hinaus verpachten. Die Lause ist übrigens ein Projekt aus dem Kiez für den Kiez, eine Hausgemeinschaft mit politischen, handwerklichen und künstlerischen Initiativen, Wohngemeinschaften und diversen Kooperationen.

Mäder: Wie siehst du das Verhältnis von Solidarität und Freiheit? Kann das gemeinschaftliche Wir das emanzipierte Ich vereinnahmen?

Adamczak: Ich gehe von der Französischen Revolution aus, der ersten grossen Revolution, die feststellte: Wir können nicht nur unser Leben in bestimmten Bedingungen verändern, sondern die Bedingungen unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Das heisst Revolution. Sie kommt mit der Trias Freiheit, Gleichheit, Solidarität in die Welt. Meine These ist, dass die Russische Revolution auf die Gleichheit fokussierte und die 1968er auf die Freiheit. Die eine setzte also auf Einheit, die andere auf Differenz. Bei beiden ist die Solidarität ein Bindemittel. Sie wird zwar angerufen, geht aber als Erstes verloren. Doch die Solidarität ist das, was gestärkt werden muss. Die Fokussierung auf Gleichheit wurde von der stalinistischen Konterrevolution gekontert, die in Homogenisierung endete, in Gleichheit ohne Freiheit. Und 1968 wurde von der neoliberalen Konterrevolution übernommen, die zu Individualisierung und Atomisierung führte, also zu Freiheit ohne Gleichheit und Solidarität.

Wenn nun die Solidarität im Kontext der Geschichte und der neoliberalen Konterrevolution gestärkt werden muss, sollten wir die bisherigen Erfahrungen nicht aus dem Blick verlieren. Es kann und darf keine Solidarität ohne Gleichheit geben und auch keine Solidarität ohne Freiheit, nach der du gefragt hast. Es gibt eine scheinbare Opposition gegen den Neoliberalismus von rechts, die das Individualistische, Karrieristische kritisiert und dagegen das gemeinschaftliche Feld anruft. Sie ist aber erstens nicht gleich, spricht nur bestimmte Menschengruppen an und betrachtet andere als Ungleiche. Diese Opposition ist zweitens auch nach innen nicht frei, weil sie gleichmachend das Nationalvolk zelebriert, also Korpsgeist und Loyalitätszwang durchsetzt, aber nicht Solidarität. Solidarität bedeutet, dass wir uns auf Augenhöhe begegnen, als Gleiche, nicht in einem hierarchischen Sinne. Sie bedeutet auch, dass wir immer freiwillig einwilligen,

Teil einer Gemeinschaft zu sein, und die Möglichkeit haben, uns den Anforderungen der Gemeinschaft zu entziehen. Es ist nie eine bedingungslose Solidarität. Sie muss immer wieder hergestellt werden. Die Gefahr, die Freiheit wie die Gleichheit zugunsten der Gemeinschaft zu opfern, geht momentan von rechts aus. Auf der Linken sehe ich die Gefahr nicht so stark. Aber es gibt auch eine Strömung der Linken, die sagt, wir müssen statt auf den neoliberalen globalen Zauber auf den Nationalstaat setzen und die Ergebnisse von 1968 rückgängig machen. Das ist eine gefährliche Tendenz.

Mäder: Wie beurteilst du neoliberale Stimmen, die sich wieder stärker auf das politisch Liberale besinnen, weil sonst der gesellschaftliche Zusammenhalt ganz aufbrechen könnte?

Adamczak: Da ist ja die Krise von 2007/08 interessant, die aber erst 2011 richtig politisch und für viele spürbar wird. Auch weil der Legitimationszusammenhang des Neoliberalismus brüchig wird, die Ideologie, dass du es schaffen und dich erfolgreich durchwursteln kannst. Oder auf makroökonomischer Ebene: Wachstum, Wachstum; wir haben die Krise unter Kontrolle. Dieser Legitimationskitt wird brüchig. Das spüren Mittelschichten, aber auch bürgerliche Intellektuelle. Sie merken, so wie bisher geht es nicht weiter. Und dann entscheiden sich viele nach rechts. Aber einige öffnen sich auch nach links, suchen nach anderen Konzepten und lassen radikale Linke in ihren Gazetten zu Wort kommen, weil sie selber merken, etwas ist unstimmig. Die ökonomischen Fragen, die ökologischen und auch die Fragen der weltweiten Migration können im nationalstaatlich-kapitalistischen Rahmen nicht gelöst werden.

Mäder: Wie beurteilst du gewerkschaftliche Kreise, die einen linken Populismus einfordern?

Adamczak: Da bin ich kritisch. Occupy löste sehr emanzipatorische Prozesse aus, mit einem grossen kreativen Potenzial auch auf der Beziehungsebene. Die Bewegung entwickelte neue Antworten auf alte Fragen. Aber in dem Moment, wo sich solche Bewegungen in relativ traditionelle Parteien verwandeln, hat man auf einmal auf der Repräsentationsebene wieder die weissen Männer. In Griechenland etwa Tsipras und Varoufakis als Medienheld. Oder in Spanien Podemos mit ihren grossen Anführern. Da geht viel Emanzipatorisches flöten, ohne dass viel gewonnen wäre. Wie in den USA: Es ist ein Fehler zu denken, die linken Strömungen seien Ausdruck von Bernie Sanders' Erfolg. Es ist andersrum, Sanders ist stark, weil die Bewegung stark ist. Die Hoffnung, von oben erlöst zu werden, wird immer wieder enttäuscht.

Mäder: Dann hilft es auch nicht, komplexe Sachverhalte zu simplifizieren, statt zu differenzieren?

Adamczak: Ich habe nichts gegen Einfachheit, auch nichts gegen Leidenschaft in der Politik. Aber ich habe etwas gegen Nationalismus und Personenkult. Wir haben das ja in Deutschland unlängst gesehen mit dieser Aufstehbewegung von Sahra Wagenknecht, die gescheitert ist. Auch weil sich, was für eine Ironie, die grosse Anführerin zurückzieht. Für mich war die ganze Konzeption sehr problematisch: die Vorstellung, man könne die Rechten schwächen, indem man zentrale Argumente von ihnen übernimmt. In Wirklichkeit stärkt das den Diskurs der Rechten. Es lässt sich keine emanzipatorische Politik machen, die nationalistisch ist.

Kurz nachgefragt

Mäder: Angst essen Seele auf?

Adamczak: Angst ist ein zentraler affektiver Motor des Kapitalismus. Die Angst lässt sich nur durch die Transformation der sozialen Beziehungen aufheben.

Mäder: Die neoliberalen Versprechen werden je länger, desto unglaubwürdiger?

Adamczak: So ist es. Sie vermögen nicht mehr zu überzeugen. Und die Frage ist jetzt, was an ihre Stelle tritt. Es gibt ein rechtes Versprechen und ein linkes Versprechen. Beide sind kollektiv konnotiert. Aber das eine setzt auf Gleichheit, Freiheit, Solidarität. Das andere auf Ausschluss, Autoritarismus, Korpsgeist.

Mäder: Und trotzdem hält sich die Widerständigkeit in Grenzen?

Adamczak: Ja, aber momentan bin ich wieder optimistischer. Ich habe das Gefühl, dass sie zunimmt. Die Friday-for-Future-Bewegung ist ja wirklich global. Und es gibt mehr Verknüpfungen zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen, die nicht nur defensiv sind, sondern neue offensive Antworten entwickeln.

Mäder: Gleichheit ist Glück?

Adamczak: Das ist schön. Ich würde heute gegen die neoliberale Singularisierung hinzufügen: Gleichheit ist Freiheit vom Zwang, besonders sein zu müssen. Das ist sehr entlastend, entspannend.

Mäder: Beziehungsweise – psychologisiert?

Adamczak: Glaube ich eigentlich nicht. Es gibt eine Gefahr, die Beziehungsweise mikrokosmisch zu verstehen, als persönliche Beziehung. Als ginge es darum, das Alltagsleben zu verändern, und dann würde sich auch das Gesellschaftliche verändern. Aber mein Ansatz ist, auch die Ware, das Geld, das Kapital, die Demokratie als Beziehungsweise zu verstehen und die Spaltung in nahe und ferne Beziehungen aufzuheben.

Mäder: Entsolidarisierung?

Adamczak: Kapitalismus ist Entsolidarisierung. In den letzten fünfzig Jahren ist Entsolidarisierung zugleich ein Prozess des Klassenkampfes von oben, der unter dem Namen Neoliberalisierung bekannt ist. Heute gibt es auch eine starke Gegenbewegung zur Entsolidarisierung, die Resolidarisierung. Das ist ein langer Prozess.

Mäder: Angst der Eliten?

Adamczak: Ja, die wird spürbar. Momentan erleben wir sie in der Rückkehr des alten, vergessen geglaubten Antikommunismus. Da äussert sich die Angst. Zudem in der schon länger anhaltenden Autoritarisierung des Staates. Was mir wirklich Sorgen macht, sind die neuen Polizeiaufgaben-Gesetze in Deutschland und die Hochrüstung des Staates, etwa in Frankreich. Die Polizei ist schon Gewehr bei Fuss für Aufstandsbekämpfung. Sie schafft jetzt die Waffen, die sie in späteren Auseinandersetzungen anwenden wird.

Mäder: Nimmst du bei der Angst der Eliten auch Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich wahr?

Adamczak: In Frankreich ist der Kompromiss schon stärker weggebrochen. In Deutschland versucht sich die Elite mehr auf den Konsens zu beziehen und die gesellschaftliche Mitte anzurufen, einen Common Sense, den es in den USA, die in zwei Lager gespalten ist, kaum noch gibt. Und in Frankreich gibt es ihn auch weniger. Macron operiert einerseits sehr populistisch und andererseits mit purer Gewalt. Deutschland ist da etwas stabiler.

Mäder: Scheitern?

Adamczak: Wenn wir uns fragen, wie möchten wir leben, dann ist es auch wichtig, sich mit der Geschichte und dem Scheitern auseinanderzusetzen. Das Hauptargument gegen den Kommunismus ist die Erfahrung des bisherigen

realen Kommunismus. Das ist kein falsches Bewusstsein, sondern ein wirkliches.

Mäder: Müsste sich damit auch die Nach-Occupy-Bewegung mehr befassen?

Adamczak: Nicht unbedingt. Aber es ist schon wichtig, eingehend darüber nachzudenken, in welche Sackgassen wir nicht mehr reintappen möchten. Das bedeutet auch, dass wir all diese Fragen ernst nehmen und es uns nicht zu leicht machen. Es gibt ja auch die Tendenz zu sagen, das waren alles Autoritäre und wir sind jetzt die Libertären. Und dann haben wir mit dem Problem nichts zu tun. Aber das behindert unsere Möglichkeiten, uns gegenüber neuen inneren autoritären Tendenzen zu verhalten.

Mäder: Selbstreflexion der 68erInnen?

Adamczak: Die traditionellen Kommunisten befanden sich in einem Parteiverband. Da war man zugehörig, drinnen oder draussen. Viele 68erInnen waren in keinen stabilen Parteigefügen. Es gab andere Prozesse der Integration und Anpassung. Das Hinüberwechseln, das Hinübergleiten in die bürgerliche Gesellschaft war vor allem bei jenen ausgeprägt, die schon eh aus bürgerlichen Milieus oder Klassen kamen. Aber es ist kein dominantes Problem der 68erInnen, zu orthodox oder dogmatisch an Altem festhalten zu wollen. Ihr Problem ist eher, mit den sich wandelnden Kräfteverhältnissen nach rechts gewandert zu sein, mit den Grünen und Sozialdemokraten.

Mäder: Zuversicht?

Adamczak: Ja, ich bin heute optimistischer als in den frühen 2000er- oder 1990er-Jahren. Spannend ist jetzt auch, was sich in der queer-feministischen Perspektive, die mehr in einem kulturalistischen, linguistischen und semiotischen Feld entwickelt wurde, mit dem materialistischen Feminismus tut, der sich stärker auf ökonomische Verhältnisse bezieht. Es besteht zwar die Gefahr, das gegeneinander zu diskutieren. Aber *Beziehungsweise Revolution* – also, das Konzept, auf unterschiedliche Beziehungsweisen in der Nachbarschaft, den Nahbeziehungen, der Produktion et cetera zu fokussieren – steht genau für das Aufzeigen von Möglichkeiten, das Miteinander zu verbinden.

Mäder: Global – regional?

Adamczak: Es gibt zwei Modelle. Entweder man konzentriert sich auf das grosse Ganze, den Staat, von oben her, oder man versucht von unten kommend mit gutem Beispiel voranzugehen, lokal, regional, mit alternativer Ökonomie und so

weiter. Das eine Mal droht die Gefahr eines autoritären Scheiterns, das andere Mal die Gefahr lokaler Niederlagen. Denn viele dieser Ansätze werden unter dem Zwang des Marktes ökonomisiert, marginalisiert oder zerstört. Da ist also der prinzipielle Konflikt, ob wir vom Allgemeinen oder vom Besonderen ausgehen. Wichtig ist die Frage der Vermittlung, die wir nicht einseitig auflösen dürfen, weder partikularistisch noch naiv universalistisch.

Bini Adamczak, geb. 1979, ist Philosophin, Künstlerin und Publizistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Politische Theorie und Queer-Feminismus. Sie verfasste unter anderem die Bücher *Kommunismus für Kinder* (2004), *Gestern Morgen* (2007) sowie *Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende* (2017).

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

lunapark²¹



Heft 46:

Körper, Krankheit & Kapital

Andere Schwerpunkte:

- Belarus • Indien
- Frauenstreik Schweiz
- Klima & Kapital

Normalabo 4 Hefte/Jahr Ch 32 Euro

NormalaboPLUS 4 Hefte/Jahr +

2 Hefte LP21 Extra Ch 42 Euro

In der Schweiz ist auch ein Einzug
über Visa- oder Mastercard möglich

Probeheft/Abo

www.lunapark21.net